



Erklärung der Grundorganisation Teterow-Neubrandenburg der Deutschen Kommunistischen Partei, beschlossen in der Mitgliederversammlung am 28.02.2009

Die Situation im Nahen Osten ist ein Ergebnis der aggressiven politischen, ökonomischen und militärischen Strategie des Imperialismus in dieser Region, der den Staat Israel dort als Speerspitze aufgebaut hat und natürlich auch dessen zionistische Okkupationspolitik fördert. Nachdem Israels Staatsvolk soeben erneut für diese Politik stimmte, wird sie eskalieren.

Wir kennen die Geschichte des Palästinaproblems und die Rolle, welche die einstige britische Kolonialmacht und die arabische Reaktion darin gespielt haben. Beide schürten den Widerstreit zwischen zuwandernden Juden und ansässigen Palästinensern bereits lange vor der Bildung des Staates Israel. Als der im Jahre 1948 unter dem Schirm der UN entstand, erhielt dieser Konflikt neue Nahrung. In mehreren Kriegen hat sich Israel bedeutende Teile der Gebiete einverleibt, in denen gleichzeitig ein souveräner Staat der arabischen Palästinenser entstehen sollte. Jahrzehnte lang haben imperialistische Kräfte in der Weltorganisation erreicht, dass eigene, hierzu gefasste Beschlüsse, die Fehlentwicklungen eindämmen sollten, unerfüllt blieben oder im Sinne Israels korrigiert wurden. Den Palästinenserstaat gibt es bis heute nicht. Unter diesen Bedingungen konnte sich der von den Briten schon früh geförderte aggressive Zionismus in Israel durchsetzen. Ursprünglich vorhandene sozialstaatliche Ansätze sind versandet.

Der bisher grausamste antipalästinensische Feldzug Israels erschütterte soeben den vom Aggressor total abgeriegelten Gazastreifen und brachte Tod, Qual und Angst über die dortige Bevölkerung. Jetzt sollen die Waffen schweigen. Beide Konfliktparteien, Israel und die gewählte palästinensische Regierungsfraktion Hamas, haben sich dazu verpflichtet. Aber die brüchige Waffenruhe wird immer wieder verletzt, und erneut überbieten sich die führenden Politiker Israels und ihr imperialistischer Unterstützerblock dabei, die Schuld dafür den Palästinensern anzulasten.

In dieser Situation erklären wir:

Dieser Krieg ist alles andere als die von Israel behauptete „spontane Selbstverteidigungsreaktion“. Er wurde lange und gewissenhaft vorbereitet. Welche Bedeutung er für Israel hat, beweist auch die Tatsache, dass ein jetzt vorliegendes, mit internationaler Hilfe vorbereitetes Angebot der Hamas für einen generellen, 18-monatigen Waffenstillstand durch Israel mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt wird. Schließlich ruhen vor Gazas Küste erhebliche Erdgas- und Erdöllager.

Unsere Solidarität gehört der Bevölkerung Palästinas und ihren politischen Kräften, die gegen Israels Terror kämpfen. Ebenso gilt sie allen fortschrittlichen Kräften in Israel, die dessen Politik und Handeln als Minderheit entgegneten. Unseren, in diesem gemeinsamen Kampf stehenden kommunistischen Genossinnen und Genossen fühlen wir uns besonders verbunden.

Gleichzeitig bedauern wir die Spaltung der palästinensischen Befreiungsbewegung und hoffen, dass Fatah und Hamas über die soeben wieder aufgenommenen Gespräche zu einem trag-



fähigen Konsens finden, dass sich dabei auch deren ideologische Positionen annähern und eine Versöhnung möglich wird.

Wir verurteilen den jüngsten, völlig unverhältnismäßigen Krieg Israels im Gazastreifen und dessen dabei begangene Verbrechen ebenso wie den jahrzehntelangen zionistischen Terror gegenüber dem gesamten palästinensischen Volk. Israels Untaten erfüllen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit die UN-Definition des Völkermords.

Nachdem der Staat Israel auch in der jetzigen Waffenruhe nicht bereit ist, den Zugang zum Gazastreifen so weit zu öffnen, dass eine menschenwürdige Versorgung der extreme Not leidenden Bevölkerung endlich möglich wäre, sehen wir in deren vergleichsweise folgenarmen Nadelstichen den aus ihrer Sicht letztmöglichen und verzweifelten Versuch eines weltweit hörbaren Hilfeschreis, der die Weltöffentlichkeit mit Nachdruck darauf hinweisen will, dass auch die jüngste Einschränkung der Aggressionshandlungen im Gazastreifens noch längst kein Ende der Menschenrechtsverletzungen durch Israel und keine Gewähr für ein friedliches Leben der dort ansässigen Bevölkerung ist.

Wir verurteilen auch die unverschämte Doppelzüngigkeit, mit der es die führenden imperialistischen Staaten immer wieder wagen, das gewalttätige israelische Vertreibungs-, Unterdrückungs- und Unrechtsregime in aller Offenheit allseits großzügig zu unterstützen, und sich damit an dessen Verbrechen mitschuldig machen, während sie sich gleichzeitig als größte Hüter und Verteidiger der Menschenrechte aufspielen. Tonangebend in dieser Seilschaft sind und bleiben die USA, aber Deutschland zieht kräftig mit. Als deutsche Kommunisten schämen wir uns dafür.

Soeben haben sich hohe und höchste UN-Vertreter persönlich über die Lage in Gaza informiert. Sie äußerten sich bestürzt über das Angetroffene und benannten erdrückende Beweise für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Gemeinsam mit Millionen Menschen aller Erdteile erwarten wir, dass sich die hohen UN-Vertreter nach dieser Erfahrung das totale Versagen ihrer Organisation und die große Verantwortung vergegenwärtigen, die gerade sie für die Durchsetzung der zur Lösung dieser Probleme erforderlichen Schritte trägt.

Notwendige Sofortmaßnahmen sind auch für uns mindestens

- die sofortige Beendigung aller Formen der Blockade des Gazastreifens durch Israel und, darauf aufbauend, die unbeschränkte Einhaltung der erklärten Waffenruhe, sowie Entscheidungen zur Absicherung der abstrichslosen Erfüllung dieser Aufgaben,
- das Stoppen israelischer Siedlungen im Palästinensergebiet,
- gerechte Regelungen zu Wiederaufbau und Wiedergutmachung,
- die unverzügliche Einleitung von Ermittlungen zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen ohne Ansehen der Person und entsprechen der Strafprozesse vor einem internationalen Gerichtshof.

Außerdem fordern auch wir von den Vereinten Nationen

- die Herbeiführung eines unbefristeten Gewaltverzichts,
- die zwingende Verpflichtung Israels, das eigene Staatsgebiet endlich in üblicher Weise über eine Verfassung öffentlich und entsprechend der UN-Vorgabe von 1948 zu definieren, alle entgegen dieser Vorgabe besetzten Gebiete zu räumen und die Rückkehr oder



Entschädigung aller seit 1948 aus ihren einstigen Wohnbereichen vertriebenen Palästinenser zu gewährleisten,

- die unverzügliche Errichtung des seit 1948 fälligen arabisch-palästinensischen Staates, in dem Juden als gleichberechtigte Staatsbürger ebenso ihren Wohnsitz behalten können wie arabische Palästinenser im Staat Israel,
- beiden Seiten vielfältig und wirksam beim Abbau von Hass, der in Jahrzehnten aufgestaut und immer wieder gesteigert wurde, und bei der Entwicklung von gegenseitiger Toleranz zu helfen.

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen des jüngsten Weltsozialforums in Belem nach einem Waffenembargo und Sanktionen gegen Israel und sowie nach dem Boykott israelischer Exporte.

Von der deutschen Bundesregierung, deren Unterstützung Israels weder mit „Bewältigung von Vergangenheit“, noch mit Einsatz gegen Antisemitismus und mit daraus resultierenden besonderen Verpflichtungen zu tun hat, sondern nur imperialistischen Interessen im arabischen Raum dient, fordern wir die Korrektur ihrer Palästinapolitik und den Einsatz für unsere in weltweitem Konsens erhobenen Forderungen. Gleichzeitig verwahren wir uns gegen den Vorwurf, unsere prinzipielle Kritik am Staat Israel, seinem Zionismus und dessen Folgen sei antisemitisch. Wir sehen im Gegenteil gerade in der pauschalen Gleichsetzung des israelischen Staatsverhaltens mit dem Judentum und seinen Anliegen, wie sie die Unterstützer Israels verkünden, eine verurteilenswerte Form des Antisemitismus, weil sie die Friedensliebe von Millionen Juden in aller Welt negiert oder missachtet.

Für Völkerverständigung und gerechten Frieden in Palästina!